



Auszug offen

Stenografisches Protokoll
der 84. Sitzung - VS-Geheim -
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 28. Januar 2016, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

- Dr. Dirk Brengelmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien
(Beweisbeschluss Z-105)

- D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2
(Beweisbeschluss Z-86)

4

* Hinweis: Die Korrekturen des Zeugen D.B. (Anlage 1) wurden in das Protokoll eingearbeitet.



Auszug offen

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Geheim: 20.10 Uhr)

**Fortsetzung
der Vernehmung
des Zeugen D. B.**

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Sitzung wird fortgeführt. Ich schlage direkt zu Anfang folgenden Beschluss vor; das stößt, glaube ich auf Konsens nach ersten informellen Absprachen. Also folgender Beschluss: Für die weitere Vernehmung des Zeugen D. B. am heutigen Tag wird die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 PUAG in Verbindung mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde. Für die spätere Herabstufung des Protokolls auf Offen wird das Bundeskanzleramt gebeten, die Passagen des Protokolls blau zu markieren, die in seinem Verantwortungsbereich und aus seiner Sicht und für seine Arbeit geheim zu halten sind. Für die Protokolle im Übrigen trägt der Ausschuss die Verantwortung. - Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das jetzt so einstimmig beschlossen.

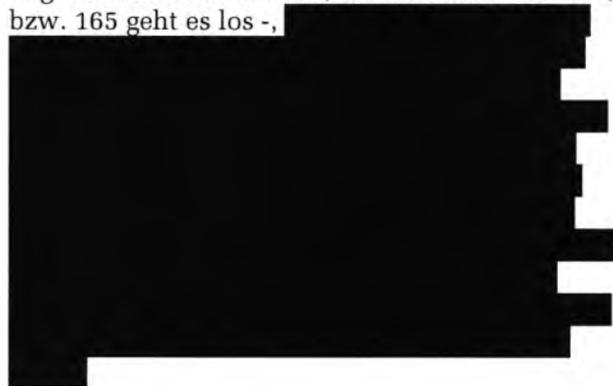
Ich bitte alle die, die noch Mobiltelefone oder sonstige Geräte bei sich haben, die jetzt auch wirklich schnell noch draußen wegzuschließen. Ich gehe davon aus, dass auch nur befugte Personen im Raum sind, die entsprechende Konferenzbescheinigungen oder Sicherheitsüberprüfungen haben. Das ist, glaube ich, auch der Fall.

Wir können dann mit der Befragung weitermachen. Ich weiß jetzt nicht einmal mehr, wer dran ist, weil wir hinterher die Reihenfolge total durchgemischt haben. Wir fangen einfach mal mit der Union an. Da gibt es nämlich keine Fragen zurzeit.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Doch, doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry. Das hat sich geändert. Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr D. B., wir würden noch mal einsteigen. Das ist jetzt aus der geheimen Akte. Wir werden Ihnen das auch gleich noch mal bringen. Das konnten wir vorhin nicht ansprechen in der öffentlichen Sitzung. Es geht mir noch mal um den Präsidentenerlass, der da im Herbst 2013 kam. Sie haben ja vorhin ein bisschen unsere Verwunderung vernommen, dass das Ganze mündlich war. Es wurde nichts schriftlich fixiert, kam doch alles recht holterdipolter. Sie hatten sich da den ganzen Sommer gut vorbereitet, waren in diesem Thema drin. Und siehe da, wenn man dann in die Akten schaut - Tagebuchnummer 223/16, das ist dann Seite 166, bzw. 165 geht es los -,



Zeuge D. B.:





Auszug offen

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist ja sicherlich auch eine sehr sinnvolle Weisung, davon ganz abgesehen. Mich wundert eben nur:

[REDACTED]

Daher war ich auch ein bisschen überrascht, als wir uns am Anfang gesehen haben. Ja, das kam dann Ende Oktober/Anfang November. Der Präsident rief an. Das haben Sie noch beschrieben. Der eine hat mitgehört und dann - - Wie gesagt, jeder andere hätte sich hingesetzt, hätte das verschriftlicht, hätte gesagt: Das müssen Sie weitergeben zu Ihren Referatsleitern. -

[REDACTED]

Zeuge D. B.: Soweit ich mich richtig erinnere, [REDACTED]

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wie hat der einzelne Bearbeiter die Weisung des Präsidenten aus dem Herbst 13 erhalten?

Zeuge D. B.: Ja, über seine Hierarchien, mündlich. Aber die war ja dann einfach zu verstehen. Ab sofort dürfen keine NATO- und EU-Institutionen mehr gesteuert werden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist aber doch eine sehr - -

Zeuge D. B.: Es gibt keine großen Fallunterscheidungen. Da kann man nicht viel verkehrt machen. Klarer Fall. A geht, B geht nicht. Abwägung ist nicht zu treffen. [REDACTED]

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, gut. Aber die Weisung des Präsidenten ist doch ein enorm großer Eingriff in Ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit gewesen. Da wird es doch sicherlich den einen oder anderen gewundert haben. Da wird man nachgefragt haben. Da wird man gesagt haben: Welche Rechtsgrundlage? Wie sieht das aus? - Das muss doch Diskussionen geben, wenn Sie jahrelang völlig anders agieren, und jetzt ruft jemand an und sagt: Das machen wir alles nicht mehr so. - Da kann ich mir doch nicht vorstellen, dass das da alles so lustig, locker da ablief.

Zeuge D. B.: Also bei der Präsidentenweisung sind mir keine Gegenreden bekannt. Das ist so akzeptiert worden von der gesamten Abteilung. Jedenfalls sind mir keine Gegenstimmen bekannt:



Auszug offen

„Da müsste man doch“, „da wäre doch“, „da haben wir doch“.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, gut. [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): [REDACTED]

[REDACTED] Es ist doch schon - - Es soll ja nur helfen, für uns das logisch einzuordnen, Herr D. B., weil wir ebendieses Warum und diese Präsidentenweisung noch nicht einordnen können.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber wenn wir jetzt noch mal in das Jahr 2013 schauen, wo wir ja nun viele Belege haben, wie das hin und her gemailt wurde und was Sie da alles gefragt haben wegen der Weisung, [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich vermute mal, Herr Wolff meldet sich zum Untersuchungszeitraum.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, zu einer anderen Frage. Die Vorlage des Ordners beschränkt sich auf den BND 44. Das war Grundlage auch für diesen Ordner. Der Vorlauf für diese Weisung ist lediglich ergänzend hinten rangehängt worden, [REDACTED]

[REDACTED] Der Vorlauf zu diesen Weisungen, der Mailvorlauf beispielsweise - ich weiß nicht, ob es einen gibt -, wäre aber aus unserer Sicht nicht umfasst vom BND 44. Wenn Sie den noch mal lesen: Da ist der gesamte Vorlauf in der Akte ansonsten umfasst. Dieser Vorlauf ist - - Da ging es nämlich um die Aussonderungen im BND 44 von den Selektoren im Nachgang zum Juni 2013. [REDACTED]

Mir ging es darum, als wir den Ordner hatten, dass man klarstellt, es gibt in dem Bereich noch Weisungen, dass man ein Bild vermittelt. Wenn es darum geht, den kompletten Schriftverkehr zu den Weisungen, auch insbesondere dann zum [REDACTED] zu erhalten, ist meines Erachtens noch mal ein gesonderter Beweisbeschluss erforderlich. Dann müssten wir uns auch überlegen, wie wir damit umgehen. Aber der wäre definitiv nicht umfasst von dem dem eigentlichen Ordner zugrunde liegenden BND 44.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann können wir uns ja damit in einer Beratungssitzung noch mal beschäftigen.



Auszug offen

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte es nur klarstellen. Der Zeuge ist sonst verwirrt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die Fragestellung müssen wir einfach am Stück - - Wir haben uns ja vorhin über Verwaltungsarbeit unterhalten, wie so was entsteht. Ich persönlich finde das mit der mündlichen Weisung immer noch alles ganz spannend, zumal dann - Herr Wolff hat es angesprochen -

[Redacted]
Das ist dann gleiche Akte, Seite 167.
[Redacted]

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

Zeuge D. B.: [Redacted]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): [Redacted]

Zeuge D. B.: [Redacted]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will Sie nur ungern unterbrechen, aber vielleicht hilft das, was Herr Wolff dazu sagt.

RD Philipp Wolff (BK): Nur noch mal ganz kurz: Wenn es um das APB geht, ist es tatsächlich nicht mehr Untersuchungsgegenstand. [Redacted]

[Redacted] Es geht nicht darum, dass das dem BND 44 unterfällt. Insofern, wenn er hierzu etwas sagt, auch ausdrücklich ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wobei wir Teile davon ja auch vom APB zu diesem konkreten Fall schon damals in der Presse hatten, genau in dem Jahr. Was nicht heißt, dass es damit - - Schon klar. Ich wollte nur sagen: Der Teil ist eigentlich schon medial zu einem nicht unerheblichen Teil abgehandelt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt im Umkehrschluss, Herr D. B.: Sie sind ja der Fachmann in der Fachabteilung, und als Unterabteilungsleiter hat man festgestellt, dass [Redacted]



Auszug offen

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. Und Ihr Argument war gewesen, warum er das im Herbst nicht schriftlich gemacht hat: Das war alles sehr hektisch und aufregend, und er kam aus dem Kanzleramt. Und daher hat man auf diese Verschriftlichung verzichtet. - [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aha. Gut. - Dann fragen wir in der nächsten Runde weiter, und ich gebe ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt aber zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr D. B., Sie hatten vorhin ausgeführt, man hätte diese Weisung Ende Oktober nicht verschriftlichen müssen, weil die ja so klar verständlich war: keine EU-, keine NATO-Institutionen, Punkt. - Jetzt hätte ich aber dann, wenn ich sozusagen diese Weisung bekommen hätte von Ihnen, doch eine Nachfrage gehabt, nämlich genau die, die wir eben schon diskutiert haben: [REDACTED]

[REDACTED] Ist es wirklich so einfach umzusetzen gewesen?

Zeuge D. B.: Das Prinzip ist ja so einfach, weil es ja als kategorisches Prinzip keine Ausnahme zulässt und insofern den Entscheidungsspielraum letztendlich aller Bearbeiter auf null setzt. [REDACTED]

[REDACTED] - Und dann war die Weisung umzusetzen. Letztendlich sind wir ja weisungsabhängige Mitarbeiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED] Habe ich doch eben erklärt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Ich habe das auch verstanden. [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

[REDACTED] Wollen wir das hier mal diskutieren?

Zeuge D. B.: [REDACTED]



Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Ich hatte am Anfang die Reichweite der Aussagegenehmigung versucht ein bisschen darzulegen. Jetzt geht es natürlich ausschließlich um den wirklich konkreten Inhalt der BND-Erfassung. Das ist schwierig zu trennen. Da gehe ich mit Ihnen d'accord. Nur, ich glaube, der Prüfprozess, das war der Sinn, warum man hier eine Prüfung ermöglicht, auch in Abgrenzung zu den NSA-Selektoren. Wenn es jetzt wirklich darum geht, zu sagen: [REDACTED] dann, muss ich sagen, erstreckt sich die Aussagegenehmigung nicht darauf.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist nicht meine Frage. Meine Frage war, die Ausgangsfrage war - - Vorhin wurde uns gesagt: Eine mündliche Weisung hat gereicht, weil sie nicht groß ausgelegt und interpretiert werden musste, weil sie sozusagen einfach verständlich war. - Und das Beispiel [REDACTED] habe ich einfach jetzt genannt, um nachzuweisen, dass, wenn man sagt: „Nehmt sämtliche Institutionen von NATO-Ländern raus“, es durchaus Nachfragen provoziert von Leuten in der Erfassung und Auswertung, die ich jetzt einfach mal stellvertretend für diese so formuliert habe.

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen habe ich da auch nicht interveniert. Aber dann ging es - - Oder der Zeuge hat es, glaube ich, so verstanden, dass Sie jetzt ganz konkret fragen: Was wird da gesteuert?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ebendiese Frage nicht damals aufgetaucht ist, wie man mit [REDACTED] vor dem Hintergrund dieser Weisung jetzt umgehen will. Und das würde eben die Ausgangsthese - die war so einfach zu verstehen und deswegen reicht mündlich - ein bisschen infrage stellen. - Deswegen: Gab es da nicht irgendwelche Nachfragen: „Wie habe ich das jetzt zu interpretieren?“? Gab es nicht?

Zeuge D. B.: Sicher gab es Nachfragen, die aber einfach geregelt werden konnten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu diesen Nachfragen, findet sich da irgendetwas, was man da noch nachlesen kann?

Zeuge D. B.: Wüsste ich jetzt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): In die nichtöffentliche Sitzung haben Sie vorhin auch die Frage nach den Daten verschoben, die von SUSLAG zum BND laufen neben den Selektoren. Könnten Sie das jetzt beantworten? - Ich habe vorhin gefragt: Welche Daten kommen von SUSLAG zum BND? - Und dann sagten Sie: Die Selektoren und noch etwas anderes. Darüber reden Sie in der nichtöffentlichen Sitzung.

Zeuge D. B.: Mir geht es zunächst einmal darum:

[REDACTED]

Das müsste, glaube ich, auch Ihnen vorliegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Das habe ich damit gemeint.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Rohmaterialaustausch läuft nur über Bad Aibling, oder - da



Auszug offen

waren wir ja vorhin auch noch in der Diskussion - kommt das nur vom Satelliten, oder kommt das auch vom Kabel? Und dann sagten Sie, glaube ich: auch nichtöffentlich.

Zeuge D. B.: Ja. - Von Rohmaterialaustausch kann man nicht sprechen, sondern von Rohmaterialübermittlung von Bad Aibling, vom BND aus in Richtung NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Da streiten wir uns ja mit der Bundesregierung dahin gehend, dass, wenn bei der Erfassung im Ausland auch Verkehre von deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen betroffen sein können - und das glauben wir, weil wir sagen, im Internetzeitalter ist die Abgrenzung inländische und ausländische IP-Verkehre eine theoretische, aber weltfremde -, dann ist die Frage, wo die Erfassung stattfindet, sondern die Frage ist dann, ob darunter zum Beispiel Verkehre deutscher Bürgerinnen sind. Und dann ist die zweite Frage: Es geht ja auch um den Ort der Datenverarbeitung, also in, nach und von Deutschland, und in dem Falle hätten wir nach Deutschland. - Weil ich habe das jetzt so verstanden:

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre dann jetzt auch rum. Aber zuerst Herr Wolff, dann der Zeuge.

RD Philipp Wolff (BK): Ich möchte nur noch mal kurz dazu etwas sagen, weil da streiten wir uns ja tatsächlich zu der einen Sache seit über einem Jahr, und da haben wir auch schriftlich Stellung genommen, und die Umstände wurden auch kommuniziert. Insofern: Das weiß, glaube ich, der Zeuge nicht. Deswegen weise ich ihn darauf hin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Zeuge war schon so oft hier. Das hat der schon mitgekriegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir streiten uns schon seit einem Jahr über diesen Punkt, genau.

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek hat keine Fragen derzeit. - Doch.

Christian Flisek (SPD): Ich will noch mal auf die Behandlung der NSA-Liste, also der NSA-Selektoren, und der BND-Selektoren zurückkommen. Als Sie die Ergebnisse von Dr. T. hatten, haben Sie ja relativ schnell reagiert, unverzüglich reagiert, indem Sie mit R. U. Kontakt aufgenommen haben und es dann sehr zeitnah zu einer Deaktivierung kam - richtig?

Zeuge D. B.: Das ist richtig.

Christian Flisek (SPD): So. Und bei den BND-Selektoren, da hat man aber nicht so unverzüglich reagiert. Da hat man an einer Weisung gebastelt, hat sie versucht über mehrere Wochen und Monate zu konsolidieren. Wieso ist dieser Unterschied? Warum gibt es das? Ist das gerechtfertigt? Oder gibt es da einen Grund für? - Ich frage Sie, niemand anders.

Zeuge D. B.: Ich wusste nicht, ob Sie mit Ihrer Frage zu Ende waren. - Während ich bei den NSA-Selektoren ja konkrete Hinweise auf eine gewisse Sensibilität hatte und die Relevanz erkannt habe, habe ich auch unverzüglich gehandelt. Bei den BND-Selektoren, die ich im Frühjahr 2013 aufgegriffen habe als Thema, hatte ich



Auszug offen

für eine solche Sensitivität oder Fehlsteuerung oder Nichtverhältnismäßigkeit keine Anhaltspunkte. Und deshalb war auch keine Notwendigkeit zu einem unverzüglichen Handeln, zu Sofortmaßnahmen geboten.

Christian Flisek (SPD): Nachdem der Dr. T. Ihnen diese Ergebnisse vorgelegt hat, lag da nicht der Schluss nahe, zumindest in dem Umfang, wie es der Dr. T. in Bezug auf die NSA-Selektoren getan hat, dies vielleicht auch mal genauso mit einem Blick auf die BND-Selektoren zu riskieren und zu sagen: „Schauen wir uns die doch mal kurz an!“? Es war ja jetzt nicht wirklich sehr viel Zeit, die der Dr. T. da investiert hat.

Zeuge D. B.: Ich habe ja schon berichtet. Ich hatte das Jour fixe mit dem zuständigen Referatsleiter, den ich auf dieses Thema angesprochen habe, der Recherchen in seinem Referat durchgeführt hat, der mir Vorschläge gemacht hat, der mir gesagt hat, im Prinzip läuft bei ihm alles auftragskonform. Der hat mir also keinerlei Hinweis darauf gegeben als der zuständige verantwortliche Referatsleiter, dass da etwas im Argen liegt. Insofern musste ich ja auch niemand mit einer Sonderüberprüfung beauftragen, sondern ich habe ja mit dem mir unterstellten zuständigen Referatsleiter gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Ja. Der hat Ihnen das gesagt, bei ihm läuft alles auftragskonform. Aber bis auf - - Den Dr. T. haben Sie ja auch nicht angesetzt mit dem Ziel, zu prüfen, ob alles auftragskonform läuft. Der hatte ja einen Auftrag, und er ist bei Gelegenheit der Erfüllung dieses Auftrages auf das Ergebnis gekommen, dass es eben nicht auftragskonform vielleicht an einigen Stellen gelaufen ist. Und deswegen kann man sich doch nicht einfach jetzt nur berichten lassen, sondern man muss doch quasi die Erfahrung vor dem Hintergrund dieses konkreten, ich nenne das jetzt mal, Fundes bei den NSA-Selektoren - - Sie gehen ja immer von einem Anlass aus. Das muss doch ein Anlass sein, von mir aus mit den Referatsleitern, zu sagen: Ihr müsst eventuell jenseits der Spur, mit der ihr bisher unterwegs seid, mal

genau schauen, was da läuft, weil wir eben hier Probleme haben. - Dazu haben Sie nie einen Anlass gesehen.

Zeuge D. B.: Wenn mir der zuständige Referatsleiter, nachdem ich ihn auf gewisse Aspekte aufmerksam gemacht habe, sagt, er habe in seinem Referat geprüft und die von mir eventuell zu betrachtenden Aspekte trafen nicht zu, es gebe keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, und ich gleichzeitig keinen Hinweis aus irgendwelchen Einzelmeldungen oder Berichte anderer Personen habe, habe ich ja an sich keinen Anlass, die Aussage des Referatsleiters von mir zu hinterfragen und zu sagen, er spricht offensichtlich die Unwahrheit oder hat offensichtlich nicht richtig geprüft. Insofern: kein Anlass.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte dem Referatsleiter, dem zuständigen, schon einmal gesagt: Ihr müsst euch in einem bestimmten Umfang das Zeug noch mal richtig anschauen, und zwar vielleicht unter mehr Aspekten, weil womöglich haben wir da auch ein Problem. - Also ich sage Ihnen so: Ich hätte das schon gemacht. Ich hätte einen Anlass angesichts der Funde des Dr. T. Da hätte ich nicht vielleicht gedacht, das ist nicht nur ein Problem der NSA-Selektoren.

Zeuge D. B.: Aber die Erörterungen mit dem Referatsleiter T2D begannen doch schon im Frühjahr. Die Kriterien wurden immer schärfer gefasst.

Christian Flisek (SPD): Wir unterhalten uns hier - zumindest ich unterhalte mich - mit Ihnen über den Zeitpunkt, wo Ihnen die Ergebnisse von Dr. T. auf dem Tisch lagen. Ich sage es mal so: Spätestens in diesem Moment hätten Sie in Bezug auf meines Erachtens sämtliche Selektoren, die im Einsatz sind, bösgläubig sein müssen. Da hätte man mit allerhöchster Vorsicht an der Bahnsteigkante agieren müssen. - Und dann sagen Sie: Na ja, kein Anlass.

Zeuge D. B.: Nein. Ich sage „kein Anlass“, weil bereits vor dem August 2013 die Grundsätze mit dem Referatsleiter diskutiert wurden und auch



Auszug offen

ganz klar der Wille von mir erkenntlich war und was man da prüfen muss. Und auch nach all diesen Ausführungen über Wochen war da überhaupt kein Hinweis darauf.

Christian Flisek (SPD): Diese Grundsätze, das sind also die Grundsätze, die in eine konsolidierte Weisung hätten münden sollen, die dann aber nie aktiv wurde, wie Sie gesagt haben.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Diese Grundsätze sind mit den Referatsleitern diskutiert worden.

Zeuge D. B.: Mit diesem einen.

Christian Flisek (SPD): Mit diesem einen. So. Und auch der hat, nachdem er diese Grundsätze ja, die Sie uns ja referiert haben, auch gehört hat, gesagt: Das läuft bei uns alles genau so. Da werden wir mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts deaktivieren müssen.

Zeuge D. B.: Die Frage des Deaktivierens, das war nicht im Einzelfall. Und er hat gesagt, seine Auftrags Erfüllung in seinem Referat wäre auftragskonform. Es gebe keinen unmittelbaren Handlungsbedarf.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mich, wenn er Ihnen sagt, das ist auftragskonform, worauf er sozusagen dieses „auftragskonform“ bezieht. So nach dem Motto, wie einige Zeugen hier gesagt haben: Auftragskonform im Sinne von business as usual? So wie wir es immer gemacht haben über Jahre hinweg? Oder unter Bezugnahme auf Ihre neuen Ideen, die Sie da in Ihrer konsolidierten Weisung verarbeitet haben?

Zeuge D. B.: So neue Ideen waren das ja gar nicht. In der Weisung steht ja drin, als Erstes: Es muss dem Auftragsprofil der Bundesregierung entsprechen. - Da wird ja unterschieden, auch im Auftragsprofil der Bundesregierung: Was ist mit höherer Priorität zu machen? Was ist mit niedriger Priorität zu machen? - Da kann man schon

mal sagen: Ja, mit höherer Priorität kann man eher entsprechende Sachen steuern als mit niedriger Priorität. - Wenn man Partner steuert, muss man immer die Sensitivität im Auge haben, muss gucken: Kann die zu erzielende Information durch andere Quellen ersetzt werden, sodass das subsidiär wäre? - Also, das war keine tolle Idee von mir. Da kann man sagen: Das kann jeder hier im Saal nachvollziehen und hätte er genauso gemacht. - Und habe ich mit ihm konkret besprochen. Er wird das konkret mit seinem Referat besprochen haben und sah keinen Handlungsbedarf und ich demzufolge auch nicht.

Christian Flisek (SPD): Sie reden von der großen Sensitivität in Bezug auf die Steuerung von Partnern. Ich meine, wir haben ja Herrn Schindler hier im Ausschuss gehabt, und da hat er sehr klar uns erzählt, was ja sogar wahrscheinlich richtig ist - - Ich meine, über juristische Auffassungen kann man streiten, insbesondere in diesen Sphären, um die es da geht. Aber er hat gesagt: Das Ausspionieren von europäischen Partnern ist rechtmäßig. - So. Und jetzt frage ich mich. Es wäre allenfalls eben eine Frage, inwieweit es interessenwidrig ist. Jetzt sagen Sie: Das ist nicht neu. - Ich glaube schon, dass das neu war, insbesondere, dass zum ersten Mal offensichtlich überhaupt der Versuch unternommen wurde, das irgendwo zu dokumentieren, ja überhaupt handelbar zu machen, weil der Eindruck, den ich habe nach all den Monaten Arbeit zu diesem Thema, ist, dass bis zu diesem Zeitpunkt ein Mitarbeiter des BND, der die Frage zu entscheiden hatte, ob ein Selektor scharfgestellt wird oder nicht, eigentlich so ziemlich gar nichts in den Händen hatte, nach dem er sich orientieren konnte. So. Und jetzt sagen Sie: Das ist alles nicht ganz neu, das ist Auftragsprofil. - Ist denn diesen Mitarbeitern das Auftragsprofil konkret bekannt? Haben die das dann vorliegen? Oder ist das so ein Raumschiff, was da oben rumschwirrt nach dem Motto: „Ja, das ist Auftragsprofil“? Haben die das?



Auszug offen

Zeuge D. B.:

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD):

[REDACTED]

Zeuge D. B.:

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD):

[REDACTED]

Zeuge D. B.:

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD):

[REDACTED]

Zeuge D. B.:

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Ja. - Wie trifft jetzt der Sachbearbeiter - -

Zeuge D. B. Je höher die Ebene, desto eher der Entscheidungsspielraum, zu dem ich dann hingehen kann und der sagen kann: So und so ist das. - Und meine Weisung habe ich dem zuständigen Referatsleiter sehr deutlich gemacht, in welche Richtung das geht. Auch wenn das nicht schriftlich letztendlich fixiert wurde, hat der sehr genau verstanden, was er eigentlich tun soll und was er in seinem Referat umzusetzen hat.

Christian Flisek (SPD): Und wie hat jetzt der Bearbeiter, der für Drogenkriminalität meinetwegen zuständig ist, die Entscheidung zu treffen, ob bestimmte Selektoren, beispielsweise - ich bleibe jetzt bei meinem Eingangsbeispiel - der französischen Botschaft in Kolumbien, gesteuert werden oder nicht?

Zeuge D. B.: Wir kommen jetzt sehr weit, ich sage mal, in die BND-eigene Erfassung rein.

Christian Flisek (SPD): Wir sind aber jetzt auch hier in geheimer Sitzung.

Zeuge D. B.: Da muss ich jetzt fragen, ob ich dazu überhaupt eine Auskunft geben kann.

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, der Zeuge hat die Auskunft eigentlich schon gegeben. Ich meine, er kann das jetzt in genereller Form noch mal wiederholen, aber tatsächlich hat das jetzt natürlich weniger mit dem Prüfprozess - wie ist das angesteuert worden? - zu tun. Er kann ohne Anerkennung einer Rechtspflicht allgemein dazu noch mal sagen. Ich glaube, er hat es auch schon gesagt.

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)



Auszug offen

- Das ist ein hypothetischer Fall von Herrn Flisek. Das ist ja jetzt mitnichten ein realer Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gutachterliche Stellungnahme.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Also wenn Sie, wie Herr Wolff das sagt, so in dieser Form Stellung nehmen würden, wäre ich Ihnen dankbar.

Zeuge D. B.: [Redacted]

Christian Flisek (SPD): [Redacted]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge D. B.: [Redacted]

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [Redacted])

Christian Flisek (SPD): Herr Kollege von Notz hat gesagt: [Redacted]

(RA Johannes Eisenberg:
Das haben wir jetzt nicht
verstanden!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt sowieso zum Wechsel.

Christian Flisek (SPD): Aber nicht, weil Sie es nicht akustisch gehört haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Das verstehen wir hier
nicht! - Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Moralisch nicht verstehen!
- Gegenruf von RA Johannes Eisenberg:
Intellektuell können wir es
nicht erfassen!)



Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja auch schon spät. - Wir wechseln jetzt noch mal die Fraktion. Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja in der Tat eine interessante Frage, also einmal wegen des Grundrechtseingriffs. [REDACTED]

Zeuge D. B.: G 10 wird immer beachtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

(RA Johannes Eisenberg: [REDACTED])

- Zeuge Eisenberg kommt gleich dran. Aber erst mal Herr D. B.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich wollte ja nur helfen!)

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, wohin Ihre Frage zielt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Die Frage zielt darauf: Wenn man eben sagt, wir wollen auch wissen - - Das kann ja sozusagen gesprächsbezogen interessant sein. Ich nehme jetzt mal ein anderes Beispiel: [REDACTED]

Zeuge D. B.: Ich kann das ja alles verstehen, aber es betrifft eigentlich alles gar nicht den Untersuchungsgegenstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hat Ihnen Herr Eisenberg gesagt.

Zeuge D. B.: Wir sind irgendwie ganz tief in der BND-eigenen Erfassung: Wie machen Sie denn dieses? Wie machen Sie denn jenes? - Sicher kann ich Ihnen sagen: G 10 ist immer beachtet worden, und Deutsche sind immer nicht gemeldet worden, jedenfalls nicht die Deutschen in Deutschland und die deutschen Politiker. Keine Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätte ich noch ein paar Rückfragen. Aber wir kommen mal zu was anderem. Können Sie mir ganz kurz sagen, diese Begriffe „Kernland“, „Einsatzland Bundeswehr“ und „Monitoringland“, ohne mir jetzt speziell die Länder runterzurattern? Was ist denn ein „Kernland/Einsatzland Bundeswehr“? Zweites kann ich mir zusammenreimen. Aber „Kernland“ ist?

Zeuge D. B.: Im Auftragsprofil der Bundesregierung -



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Kernländer.

Zeuge D. B.: - sind Kernländer und Monitoringländer definiert. [REDACTED]

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise nur darauf hin, dass es ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht erfolgt, wenn hier Ausführungen erfolgen, und zum Verständnis kann er dazu ausführen.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. [REDACTED] Verstehe.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt zu dieser Akte noch mal zwei Fragen. Jetzt ist ja über Monate sozusagen an diesem Entwurf herumgedoktert worden. Warum eigentlich? Warum war nicht mehr Druck in der Kiste, schneller zu einem Ergebnis zu kommen?

Zeuge D. B.: Weil es keinen Anhaltspunkt für einen sofortigen Handlungsbedarf gab und der Entwurf lange Zeit meinen Qualitätsansprüchen nicht genügte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hatte Zeit, und man konnte da rumschreiben und - -

(RA Johannes Eisenberg: Er wollte es noch besser machen! Besser ist der Feind des Guten!)

- Herr Eisenberg, je länger Sie mit uns weinen, desto mehr geraten Sie in die Rolle eines Zeugen.

(RA Johannes Eisenberg: Ich wollte einfach nur helfen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann entfällt wahrscheinlich aber auch die Erstattung von Kosten. Das könnte doch wehtun.

(RA Johannes Eisenberg: Das wird dann teurer!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann kommen wir zum 29.10.2013, heute schon gefallen hier:

[REDACTED]

[REDACTED] Deswegen frage ich Sie: Hat man die dann einfach weiter gesteuert danach?

Zeuge D. B.: Nein, hat man nicht. [REDACTED]

[REDACTED] Wahrscheinlich ist die Mail auch gar nicht an mich adressiert gewesen. Ich bin da wahrscheinlich noch nicht mal nachrichtlich drin. Aber ich glaube - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht: [REDACTED]



Auszug offen

Zeuge D. B.: [REDACTED]
[REDACTED] Also, an
mich ist es nicht gegangen.
[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]
[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das knüpft doch sozusagen an das Problem, das der Kollege Schipanski herausgearbeitet hat, nahtlos an jetzt. Sozusagen von Ihnen findet man hier gar nichts in der Zeit. Und dummerweise ist eben auch diese Weisung des Präsidenten nirgendwo verschriftlicht worden.
[REDACTED] Da könnte man jetzt wirklich auf den Gedanken kommen, dass man die französischen Außenminister weiter gesteuert hat. Und dafür muss man gar nicht bösgläubig sein, sondern einfach nur der Aktenwahrheit des Bundesnachrichtendienstes folgen; denn das ist die einzige Akte, die es gibt.
[REDACTED]

Aber Sie haben nicht die Konsequenz gezogen: Abhören unter Freunden geht gar nicht. - Sondern Sie haben die Konsequenz gezogen: [REDACTED] - Und ich vermute, dass Sie das nach einer rechtlichen Beurteilung gemacht haben. Könnten Sie mir vielleicht sagen, gegen welche Rechtsnormen [REDACTED] verstoßen könnte?

Zeuge D. B.: Also, insgesamt folgern Sie aus einer Einzelmail eines einzelnen Mitarbeiters etwas, was so nicht stimmt; denn wenn man die Historie der PBDB sich anschauen würde und gucken würde: „Was ist denn in den ersten Novembertagen da alles aufgekommen?“, [REDACTED] Das ist bloß in Ihrer Akte nicht drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich an dieser Stelle noch mal betonen: Das sind die einzigen Materialien, die ich armer Mensch habe. Und das zeigt eben, dass die nicht vollständig sind. Und, wie gesagt, im Hinblick auf diese relevante Frage: aufgeheizte Situation, Bundestagswahl, der ganze Streit mit den Amis, wer ist böse und wer ist gerechter und No-Spy und was eigentlich - - Hier in der einzigen Mail, die dann irgendwie die Umsetzung dieser Gedanken zu Papier bringt, [REDACTED] Und Sie haben mir meine Frage nicht beantwortet. Sie haben ja eben freundlich genickt, als die Auffassung, über die ich auf jeden Fall juristisch streiten würde, von Herrn Schindler hier wiedergegeben wurde, dass man europäische Partner auf jeden Fall abhören könnte. Gibt es denn rechtlich ein Problem [REDACTED] Darf man das denn auch tun? Oder gab es da eventuell eine Diskussion drüber?

Zeuge D. B.: Ich bin kein Jurist. Also, insofern kann ich mich mit juristischen Diskussionen da mit Ihnen nicht messen. Ich kann hier sagen, dass es zum Teil Praxis war, durchgeführt wurde. Sonst wären sie ja auch nicht deaktiviert worden. Und insgesamt bin ich ja auch als Zeuge da und ergänze ja die Akten. Sie müssten mir ja nur glauben. Ich hoffe auch, ich kann manche Sachen hier glaubhaft machen, auch wenn es nicht in den Akten da ist. Dafür sind ja gerade die Zeugen da. Wenn alles aus den Akten haarklein und ganz genau hervorgeht, bräuchte man ja auch gar keine Zeugen mehr.

¹ Protokoll wurde korrigiert (siehe Anlage 1)



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Die Zeit ist rum. - Dann geht es weiter bei Herrn Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Wir sind es ja vom deutschen Beamtentum so gewöhnt, dass sich da alles schon aus der Akte ergibt. Von daher dachten wir, Sie müssen nur ergänzen, uns da aber nichts Neues sagen. - Ich würde gerne mal bei der Mail bleiben, die der Herr von Notz gerade angesprochen hat. Auf Seite 59 und Seite 60 in der Akte - die Tagebuchnummer wurde vorhin schon genannt - ich glaube, da wird ja deutlich, dass

Aber was mich da interessiert, also Seite 59, da steht auf der Seite 60 - - Also, die Mail, die ist direkt an Sie gegangen von Ihrem Referatsleiter, 14.08. Und da ist auf der Seite 60, so in der Mitte, kursiv gedruckt in Klammern:

Das heißt doch - lese ich das richtig, oder verstehe ich das richtig? -, dass

Zeuge D. B.:

Auch

ohne schriftliche Weisung wirkt der unterstellte Bereich in dem Sinne: Was zweifelsfrei angewiesen werden wird, fängt man jetzt schon mit der Umsetzung an. - Und das hat er hier wohl getan.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also gab es ja - - Nochmal: Wir versuchen das ja nur zu verstehen. Für uns ist das Besondere: Plötzlich kommt da im Herbst 13 dieser Hammer, und Sie werden alle ganz fleißig und stellen alles ein. Sie haben doch uns gezeigt, Sie erarbeiten das schon den ganzen Sommer. Und wir haben Sie gefragt: Warum ist das? - Und da konnten Sie uns nicht so richtig sagen.

Zeuge D. B.: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Haben Sie nicht verstanden. Gut. -

Zeuge D. B.:

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

Zeuge D. B.:



Auszug offen

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ist so eine Erklärung.

[REDACTED]

Zeuge D. B.:

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

[REDACTED]

Jetzt habe ich noch mal eine Frage, was Sie vorhin in öffentlicher Sitzung nicht sagen wollten. Das war das, wo Sie ja schon in Ihrer Aussage am 20. Mai hier gesagt haben: Sie haben, nachdem Sie mit T. das alles festgestellt haben, mit der US-Seite Kontakt aufgenommen und haben gesagt, Sie klären das und Sie regeln das. Und Sie wollten uns jetzt noch in nichtöffentlicher Sitzung erzählen, wie denn die US-Seite darauf reagiert hat, einmal mit wem Sie gesprochen haben bzw. Außenstellenleiter Bad Aibling, von US-Seite, und wie die Reaktion war.

Zeuge D. B.: Also, ich habe überhaupt nicht gesprochen, sondern der Dienststellenleiter R. U. hat gesprochen. Und R. U. hat ja auch entsprechende Deaktivierungen unmittelbar im August 2013 veranlasst, die dann in großem Stile auch durchgeführt wurden. Diese Deaktivierungen werden der US-Seite automatisch mitgeteilt.

[REDACTED]

[REDACTED]

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED])

Da ich mit niemandem gesprochen habe, kann ich natürlich nur aus den Reaktionen oder unterbliebenen Reaktionen darauf schließen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja. Aber Sie haben doch festgestellt, dass - - Wer hat den Kontakt - der Leiter Bad Aibling mit der US-Repräsentantin? -

Zeuge D. B.: Jawohl.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - aufgenommen? Und der hat Ihnen dann von diesem Gespräch berichtet?

Zeuge D. B.: Nein, das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Mir ist bekannt geworden, dass

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Also, dann die Aussage, die Herr H. K. getätigt hat - was Sie gesagt haben sollen -: „Wir haben mit ihnen geredet, und es wird quasi abgestellt“, das war vor dem Hintergrund, dass Sie da den Leiter Bad Aibling gebeten haben, da Kontakt aufzunehmen?

Zeuge D. B.: Also, was H. K. genau damit gemeint hat, kann ich natürlich nicht sagen. Aber es war so, wie ich gesagt habe: Der R. U. ist dorthingegangen und hat das überreicht mit meiner Weisung, kritisch zu betrachten und zu deaktivieren. Das weiß ich. Und ich habe kein Gespräch geführt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben nichts geführt und er nur mit der Repräsentantin.



Auszug offen

Also, das war dann auch die Vertreterin von SUSLAG, weil es ja immer hieß: Es wurde mit SUSLAG gesprochen

Zeuge D. B.: Ja, das ist die Leiterin SUSLAG. Das ist die NSA-Repräsentantin für den Bundesnachrichtendienst in Deutschland.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. Und das war jetzt so - - Ich dachte, da gibt es irgendwelche Streitereien oder so was, weil es eben nur in geheimer Sitzung ging. [REDACTED] und mehr wissen Sie auch nicht. - Gut. Dann geben wir an die nächste Fraktion ab.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben auch noch so das eine oder andere, was in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden kann. Ich hatte gefragt nach nichtverständlichen TKM, und dann sagten Sie: Messenger. Und dann fragte ich: Welchen Anteil haben Messenger an der Gesamtzahl der TKM? Und das wurde in die nichtöffentliche geschoben, und da sind wir jetzt.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED] Und welche anderen TKMs kann man nicht lesen, neben Messenger?

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Und was heißt [REDACTED]

Zeuge D. B.: Die genauen Zahlen habe ich jetzt nicht da.

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED] würde ich schätzen. Aber ich kann jetzt nur schätzen. [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Und welche anderen Telekommunikationsmerkmale gibt es, bei denen es auch Schwierigkeiten gibt?

Zeuge D. B.: Ich wüsste keine jetzt explizit.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie sieht das mit Facebook-ID aus?

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Und Skype? Kann ich da die Nationalität feststellen?

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED] - Der Zeuge W. O. hat gesagt: [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED] Das deckt sich ja mit meiner Meinung.

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]



Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Ist aber dann eine Frage: [REDACTED]

Zeuge D. B.: Ich habe ja schon des Häufigeren gesagt: Die Selektorprüfung ist ein Schritt des Gesamtsystems, [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

[REDACTED] Man kann natürlich insgesamt zunächst mal nur anhand von technischen Merkmalen feststellen, ob da ein Deutscher konfiziert oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe auch noch eine Frage zu dieser DAFIS-Stufe 3. Da werden ja die konkreten Namen eingestellt - so haben wir das hier gelernt -, die mal als problematisch aufgefallen sind - ja?

Zeuge D. B.: Da sind konkrete Namen eingestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und dann ist uns hier gesagt worden: Darunter sind auch Politiker. - Und dann haben wir gefragt: Ist es der

ganze Bundestag? - Und dann hieß es: Nein, das sind nur einige. - Wie komme ich da rein? Oder wie komme ich nicht da rein?

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Und ansonsten sind das Namen von Unternehmen?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und man kommt da rein, weil man irgendwo als Meldung aufgefallen ist. Und dann wird man quasi aus dem Meldungstöpfchen rausgenommen und in die DAFIS-Stufe 3 geschoben.

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Verstehe ich nicht. Ich versuche nur, zu verstehen, weil eigentlich müssten ja die deutschen Politiker und Politikerinnen schon über die DAFIS-Stufe 1 raus sein - ja? Sitzen die im EU-Parlament? Oder warum muss ich die in DAFIS 3 steuern?

Zeuge D. B.: [REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt aber, wenn dort - Sie haben das ja nicht gänzlich verneint - in diese DAFIS-Stufe-3 Namen kommen, die aufgefallen sind - oder das könnte ein Weg sein -, weil sie in der Auswertung, in den Meldungen aufgetaucht sind, dass sie irgendwo als Selektor gesteuert wurden - jetzt würde ich annehmen, als NSA-Selektor - - Oder steuert der BND deutsche Politiker?

Zeuge D. B.: Nein, der steuert weder das eine noch das andere. Aber es kann natürlich sein: Wenn ich einen Selektor steuere, hat der mit einem anderen Kontakt, der andere wird auch über DAFIS gefiltert, also, die Amerikaner haben einen zugelassenen Selektor, einen Drogenhändler irgendwo, der telefoniert jetzt mit einem Deutschen -

Martina Renner (DIE LINKE): Bundestagsabgeordneter; ist nicht ganz abwegig.

Zeuge D. B.: - ist egal, ob Bundestagsabgeordneter oder normaler Deutscher; Hauptsache, er hat ein deutsches TKM -, wird diese Erfassung automatisch ausgeworfen.

[REDACTED]

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann wäre die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Letzte Frage. Genau. - Vorhin - da habe ich nicht gleich geschaltet, dass ich das noch nachfragen muss, auch weil ich da zu wenig von verstehe, gebe ich zu - -

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich meine, der Punkt ist doch: [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

[REDACTED] So erklärt sich das, glaube ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Danke.



Auszug offen

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann kommen wir zur SPD.

Christian Flisek (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann geht es weiter bei Bündnis 90/Grüne. Wer möchte? - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme noch mal zurück auf das, was Sie vorhin diskutiert haben oder versucht haben darzulegen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Auffassung waren, auch noch grundsätzlich eigentlich sind, dass der Bundesnachrichtendienst ausländische - nicht nur - Botschaften, sondern auch Politiker, auch aus dem europäischen Raum - - Selektoren, die dahin führen, einsetzen darf, steuern darf, also beispielsweise französisches Außenministerium?

Zeuge D. B.: Nur unter gewissen Bedingungen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche?

Zeuge D. B.: Wenn es dem Auftrag des Bundesnachrichtendienstes entspricht, das heißt also nicht zur Aufklärung seines eigenen Landes, also der [REDACTED] Außenminister: wenn es zur Aufklärung der [REDACTED] Politik dient, sondern zur Aufklärung der Lage in einem Krisenland, ich diese Information auf keinem anderen Wege beschaffen kann und diese Information so wertvoll ist, dass sie, ich sage mal, das Lagebild tatsächlich komplementiert, dann ist das für mich vorstellbar bzw. vertretbar, dass man das so steuert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das heißt - wir hatten ja das Beispiel vorhin auch schon, als wirklich nur Beispiel -: Der [REDACTED] Außenminister ist im Verdacht, dass er mit [REDACTED] telefoniert oder E-Mails wechselt. Und das ich ja, glaube ich, mindestens ein Kernland, und das ist

auch eine Problematik, die ins Auftragsprofil passt. Dann dürfen Sie den [REDACTED] Außenminister steuern oder das Außenministerium mit seiner Nummer steuern. Und was dann rauskommt, nehmen Sie nur das, wenn er mit [REDACTED] [REDACTED] oder so was telefoniert hat oder, sagen wir mal, jetzt Vergleichbaren, mit [REDACTED] - ist ja auch ein Kernland - und so oder was weiß ich, wem; es sind ja noch ein paar andere denkbar. Ist das so richtig? Die anderen Sachen, haben Sie vorhin gesagt, löschen Sie, und diese - -

Zeuge D. B.: Nein, die Weisungslage ist jetzt, wie folgt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, erst mal, wie es vorher war. Dann kommen wir auf die Weisungslage.

Zeuge D. B.: Wie es vorher war - - Ich sage mal: Ich kann jetzt nicht insgesamt, jetzt aus meiner persönlichen Bewertung, den [REDACTED] Außenminister insgesamt steuern, weil er zufällig vielleicht mal mit einem [REDACTED] Politiker Kontakt auch hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht zufällig, regelmäßig, vor allen Dingen in Krisensituationen.

Zeuge D. B.: Wenn ich darauf Hinweise habe, und das nur von einem Telefon, dann könnte man sich das auch vorstellen. Weisungslage jetzt ist aber - und die ist ja bindend -: [REDACTED]

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist geschenkt.

Zeuge D. B.: Ich darf aber nicht europäische und NATO-Regierungsorganisationen aktiv steuern und danach selektieren.



Auszug offen

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Da sind wir jetzt, heute damit. Aber bis 2013 galt das andere. Ich stelle mir nämlich jetzt die Frage, Herr D. B.: Warum eigentlich die Aufregung beim Abhören des Handys der Kanzlerin? Nehmen wir mal an, die NSA hat das gemacht, genau mit dieser Begründung damals. Ob sie es heute noch macht, wissen wir ja alle nicht. Also, damals hat sie das Handy der Kanzlerin abgehört, bis in das Jahr 2013, mit der Begründung: Wir wissen, die telefoniert dauernd erstens mit [REDACTED] - steht in der Zeitung -, zweitens mit [REDACTED] - noch häufiger - - und noch ein paar andere, die aus Kernländern mit ihr telefonieren. Dann müsste man nach unserem Recht den Amerikanern doch zubilligen, dass sie das genauso anwenden und sagen: Da ist eine, von der kriegen wir jetzt wichtige Informationen, wie [REDACTED] die Lage in seinem Land beispielsweise in Deutschland vielleicht anders darstellt als in den USA, oder auf Krisen hinweist, dass er besonders hilfsbedürftig - - oder was der Herrgott noch immer weiß. Wieso regt man sich dann darüber auf und nimmt das raus und sagt: „Das ist doch unendlich“ und so? Verstehen Sie? Die Amerikaner werden das doch genauso rechtfertigen. Deshalb haben die gesagt: Wir wissen gar nicht, was ihr wollt von uns. Ihr macht das ja genauso. - Ich werde die Kanzlerin, wenn die hier sitzen wird, ob in geheimer Sitzung, wissen wir ja noch nicht, fragen, ob sie, als sie gesagt hat: „... das geht gar nicht“, da auch meinte, dass etwa der französische Staatspräsident oder auch Herr Obama mit dieser Begründung - auch der telefoniert ja manchmal mit [REDACTED] und mit [REDACTED], was in der Zeitung steht - - Das haben Sie damals für richtig gehalten, und wenn ich es richtig verstehe, halten Sie es grundsätzlich auch immer noch nicht für verboten, sondern nur, weil das unfein, weil das vielleicht, wenn es rauskommt, unangenehme diplomatische Konsequenzen hat - - Das kann doch nicht wahr sein!

(Christian Flisek (SPD):
Doch, ist wahr!)

Zeuge D. B.: Ich kann Ihnen als Zeuge zu diesem Komplex nichts sagen, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso denn nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Wieso er?)

Sie haben doch mit Empörung offensichtlich zur Kenntnis genommen, dass in den NSA-Selektoren solche Sachen drin waren, und haben gesagt, deshalb sofort rausnehmen.

(RA Johannes Eisenberg:
Wieso er?)

Oder nicht?

Zeuge D. B.: Sie müssen dann die Kanzlerin fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie.

Zeuge D. B.: Ich sage mal: Ich weiß auch nicht, warum die NSA das gesteuert hat. Ich kann Ihnen als Zeuge dazu keine Auskunft geben, tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber können Sie als Zeuge dazu sagen, ob das umgekehrt - - Wenn Herr Obama oder Herr Hollande damals so gesteuert worden wären, dann würden Sie sagen: Nach deutschem Recht geht das.

Zeuge D. B.: Ich habe gesagt, dass unter gewissen Umständen gewisse Selektoren bei enger Auslegung aus meiner Sicht vorstellbar wären - mehr nicht. Und dem habe ich auch nichts hinzuzufügen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist durchaus interessant. - So, und jetzt komme ich zu der zweiten Frage - das habe ich Sie ja auch da oben vorhin schon gefragt -, nämlich: Wann ist diese Praxis beendet



Auszug offen

worden? Sind Ihnen - ich weiß jetzt nicht, ob das in der Zentrale der Fall gewesen ist oder woanders der Fall gewesen ist - da Fälle bekannt, dass diese Praxis fortgeführt worden ist, also beispielsweise Botschaften, beispielsweise Politiker, beispielsweise - - dass das nicht Ende Oktober 2013 zu Ende war?

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK)) -
RA Johannes Eisenberg:
Außerhalb des Untersuchungszeitraums!)

- Nein, nein, da sind wir hier dabei.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist April 2014! -
RA Johannes Eisenberg: Also jetzt zwischen November 2013 und März 2014!
Dann ist das doch eine Frage!)

- Nein, zwischen Oktober 2013 und März 2014.-
Ist Ihnen das bekannt, so was?

Zeuge D. B.: Das ist aber aus meiner Sicht von meiner Aussagegenehmigung nicht abgedeckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wieso das denn?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK) - RA
Johannes Eisenberg: Der ist
jetzt auch ermüdet!
November 2013 und April
2014 wird langsam
einsam!)

- Ja, oder März. Mir kommt es jetzt auf einen Monat nicht an.

Zeuge D. B.: 

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 

Zeuge D. B.: Das ist mir jedenfalls im Untersuchungszeitraum nicht bekannt geworden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge D. B.: Ist mir im Untersuchungszeitraum nicht bekannt geworden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also bis März 2014 nicht bekannt geworden.

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie es heute?

(RA Johannes Eisenberg:
Kein Untersuchungsgegenstand!)

Zeuge D. B.: Kein Untersuchungsgegenstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie? Ob in der Zeit das gewesen ist - - Haben wir doch gerade gesagt. Sie haben doch gesagt: im Untersuchungsausschuss [sic!] nicht. Ich will ja jetzt nur wissen, ob es Ihnen nachträglich bekannt - - dass es in der Zeit war.

(RA Johannes Eisenberg: Er wollte sagen, für diesen Zeitraum ist ihm das bis heute nicht bekannt geworden!)

- Bitte?



Auszug offen

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Wolff hatte sich auch gemeldet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das so? Also, noch, Herr Kollege - - Also, müssen Sie schon selber sagen. Also, jetzt sagen Sie es ihm mal genau vor - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich sehe es aber auch so vor dem Hintergrund der Aussagegenehmigung. Es geht um den Prüfprozess. Inwiefern jetzt im Einzelfall und welche und wie viele auch im Untersuchungszeitraum in der BND-eigenen Erfassung möglicherweise nicht erkannt wurden, was auch immer, ist auch nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber Herr Wolff, mir geht es um die Frage, ob diese Weisung befolgt worden ist oder nicht -

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe die Frage schon verstanden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ober ob sie vorsätzlich - -

RD Philipp Wolff (BK): Mir geht es um die Beantwortung der Frage - im Hinblick auf die Aussagegenehmigung -, ob die Prüfprozesse der NSA-Selektoren und der BND-Selektoren identisch waren. Und diese Prüfprozesse, zu denen „Welche Kriterien sind relevant? Wie sind diese Prüfprozesse gelaufen?“, hat der Zeuge eine Aussagegenehmigung. Wie das im Einzelfall im Anschluss bis März 2014 oder darüber hinaus umgesetzt worden ist, das ist nicht Gegenstand dieser Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen wir es zum Gegenstand machen. Das werden wir klären.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Geschichte
bleibt schief!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann wären wir mit der Runde durch. - Dann kommen wir zur CDU/CSU. Herr Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau. - Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Herr Zeuge, ich habe nur noch eine Verständnisfrage. Die Kollegin Renner hatte Sie vorhin gefragt: Bei dieser dritten Stufe des DAFIS-Filters, da hatten Sie so ein bisschen beschrieben, was da rausfällt. Das fand ich jetzt nicht ganz logisch. Sie meinten,

[REDACTED]

Aber so, wie Sie es beschrieben haben, wäre es ja sehr, sehr unpraktisch.

Zeuge D. B.: Da geht es ja um die Weiterleitung an die NSA, und da fällt es raus. Für die eigene Verwertung fällt es nicht raus.

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

[REDACTED]

Zeuge D. B.: Genau.

[REDACTED]

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

[REDACTED] Dann danke ich noch mal für die Klärung.



Auszug offen

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Gut. Das war dann so weit durch. - Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch aus vorangegangenen Befragungen drei offene Fragen, die damals in die Nichtöffentliche geschoben wurden. - Das eine ist noch mal die Frage: Sie haben damals auf eine Frage von Herrn Vorsitzenden Patrick Sensburg ausgeführt zur Problematik, wie man die Grundrechtsträgerschaft denn prüft bei E-Mail-Adressen, die zum Beispiel auf „.com“ enden, dass es da - ich zitiere Sie - -

Insofern ist das mit der Selektorenprüfung nicht leistbar. Es wird aber mit einem anderen Mittel, nämlich bei der Erfassung, dann geleistet.

Können Sie mir das erklären, was Sie damit meinten? Wie hole ich die „.com“-Adressen bei der Erfassung raus?

Zeuge D. B.: Das ist das, was ich eben erklärt habe: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und dann noch zwei Fragen. Was ist denn das [REDACTED] [REDACTED] Kennen Sie das?

Zeuge D. B.: Sagt mir jetzt erst mal nichts. Wo finden Sie das?

Martina Renner (DIE LINKE): Das finde ich in MAT A BND-38/39, Mail von K. M. an D. B. vom 07.09.2009.

Zeuge D. B.: Das müsste ich mir anschauen; -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge D. B.: - kann ich jetzt auf Anhieb nicht sagen.

(Zuruf: Welche Tagebuchnummer?)

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist Tagebuchnummer 41/15. Da wird gerade gegraben. - Vielleicht können wir da zwischenzeitlich die dritte Frage vorziehen. Sagt Ihnen der Begriff „Defeat-Kategorie“ etwas?

Zeuge D. B.: Sagt mir auf Anhieb auch nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Verhältnis zwischen G-10-Positiv- und G-10-Negativ-Liste?

Zeuge D. B.: Ich weiß zwar nicht, was es da für ein Verhältnis gibt. Es gibt eine G-10-Positiv-Liste, und es gibt eine G-10-Negativ-Liste.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und welches ist größer, und welches ist kleiner?

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht.

Zeuge D. B.: Nein, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann ist ebendieses [REDACTED] noch offen. Da müssen wir jetzt einen Moment warten.

(Zuruf: Welche Seite?)

- Welche Seite? - Das ist Seite 24 ff.

Vielleicht können wir zwischenzeitlich überbrücken. Können Sie noch was sagen zu [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]



Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge D. B.: Weiß ich nicht. Müsste ich näher hinschauen, was damit eventuell gemeint sein könnte. Aber auf Anhieb weiß ich da nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wir warten jetzt kurz, bis die Akte da ist - ja? Entschuldigung.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge D. B.: Also, der Vorgang K. M., der ist vom 07.10.2009.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge D. B.: 2009 war ich nicht in der Abteilung, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge D. B.: - und ich kann mir da auch keinen rechten Reim drauf machen, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich habe zu meiner ersten Frage zu diesem besonderen Mittel bei der Erfassung, [REDACTED]

Zeuge D. B.: [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann bin ich so weit durch. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. - Keine weiteren Fragen mehr. - Wir

kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Auch keine weiteren Fragen mehr. - Die Union hatte auch keine weiteren Fragen. - Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in geheimer Sitzung gestellt werden können - und Streng Geheim war nicht gewünscht -, dann sind wir am Ende der Befragung. Ich bedanke mich zuerst bei Ihnen ganz herzlich für die Bereitschaft, hier lange Rede und Antwort in einem großen Umfang von Themen zu stehen. Ganz herzlichen Dank.

Das, was ich zu Anfang gesagt habe und was Sie schon kennen, gilt: Sobald das Stenografische Protokoll erstellt ist, wird es Ihnen zugeschickt. Sie haben zwei Wochen Zeit, etwaige Überarbeitungen, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen und es uns dann zurückzuschicken. Ganz herzlichen Dank.

Kurz vor 10 ist Ende. Das haben wir uns auch verdient, insbesondere Sie. Einen schönen Feierabend! Danke.

Zeuge D. B.: Danke schön, Herr Vorsitzender.

(Schluss: 21.43 Uhr)